

FRAKTION KOMPAKT



Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion | Ausgabe 15 | Oktober 2025

Eine solide Politik ist möglich

Während Schwarz-Rot Rekordschulden aufnimmt,
macht die AfD-Fraktion konkrete Vorschläge für
Entlastungen und Einsparungen



Eine andere Politik ist machbar

Die AfD-Fraktion zeigt, dass es eine Alternative zur Schuldenpolitik von Schwarz-Rot gibt

- 3 Vorwort
- 7 Wir suchen Verstärkung!
- 8 Deutschland in der Krise
- 10 Das »Weltsozialamt« muss schließen
- 13 Kein Bildersturm im Auswärtigen Amt
- 16 Minderheiten in Bedrängnis
- 19 Das Traineeprogramm der AfD-Bundestagsfraktion

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand:

Oktober 2025

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



DIE SORGEN WACHSEN

Liebe Leser,

seit der Wahl des Bundeskanzlers sind noch nicht einmal sechs Monate vergangen und als Wähler fragt man sich: Geht das denn schon wieder los? Die Koalition aus Union und SPD macht da weiter, wo die Ampel aufgehört hat. Von den groß angekündigten Reformen, mit denen die neue Bundesregierung Deutschland wieder auf Kurs bringen wollte, ist nichts zu sehen. Stattdessen streiten sich Union und SPD über jede Kleinigkeit. Kein Wunder, dass die Zustimmungswerte des Kanzlers und seiner Regierung historische Tiefststände erreichen.

Wir als AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag sehen diese Entwicklung mit großer Sorge. Jeder Monat, den die Regierung untätig verstreichen lässt, verschärft die Krise in unserem Land. Dabei gibt es im Bundestag rechnerisch eine Mehrheit für eine bürgerliche Politik, mit der sofort eine wirkliche Politikwende eingeleitet werden könnte.

Dass ein entschlossener Kurswechsel notwendiger denn je ist, wurde gleich nach der

parlamentarischen Sommerpause deutlich: In zwei aufeinanderfolgenden Sitzungswochen standen die Bundeshaushalte für 2025 und 2026 auf der Tagesordnung des Parlaments – und damit die gigantische Verschuldungspolitik von Union und SPD. Die Regierung macht Schulden über Schulden, häuft Zinsen auf Zinsen, engt dadurch den finanzpolitischen Spielraum zukünftiger Regierungen immer weiter ein und schafft es dennoch nicht, die staatlichen Kernaufgaben zu bewältigen, wirkungsvolle Akzente zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu setzen und mit Investitionen Deutschland wieder zukunftsfähig zu machen.

Die AfD-Fraktion ist sich angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung ihrer besonderen Verantwortung als größte Oppositionsfraktion bewusst und wird auch weiterhin im Bundestag mit konkreten und solide gegenfinanzierten Vorschlägen für eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik zum Wohle Deutschlands und seiner Bürger eintreten.

A. Weidel

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

T. Chrupalla

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender

EINE ANDERE POLITIK IST MACHBAR

Die AfD-Fraktion zeigt, dass es eine
Alternative zur Schuldenpolitik von
Schwarz-Rot gibt

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Laut einer Anfang September veröffentlichten Umfrage sind 75 Prozent der Deutschen mit der Arbeit der schwarz-roten Koalition unzufrieden. Lediglich ein Prozent der Befragten ist mit der Leistung der Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz »sehr zufrieden«, 21 Prozent sind zufrieden. Diese katastrophalen Werte spiegeln die Stimmung in unserem Land wider. Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD macht da weiter, wo die desastriöse Ampel aufgehört hat.

Ankündigungen ohne Folgen

Die Bürger sind zu Recht enttäuscht. Denn Bundeskanzler Merz hatte nach seinem Amtsantritt vollmundig versprochen, dass die Bürger »schon im Sommer« spüren sollten: »Es geht voran.« Doch nun ist der Sommer vorbei und der Niedergang der deutschen Wirtschaft geht ungebremsst weiter. Von der angekündigten Zurückweisung aller illegalen Migranten an den deutschen Grenzen kann keine Rede sein, ebenso wenig von einer Abschiebeoffensive von Ausländern ohne Aufenthaltsberechtigung. Obwohl sich die Krise der Sozialsysteme, von den ständig steigenden Kosten für das Bürgergeld bis hin zu dem vor dem Kollaps stehenden Rentensystem, immer weiter verschärft, lassen die notwendigen Reformen auf sich warten. Die Weigerung der Koalition, die längst überfällige Erneuerung unserer Sozialsysteme anzugehen, führt in den sozial- und finanzpolitischen Abgrund. Steigende Sozialabgaben sind die zwingende Folge des »Weiter so«. Sie treiben die Bürger in die Verarmung, die Arbeitskosten in die Höhe und die Arbeitsplätze aus dem Land.

Doch es kommt noch schlimmer: Mit einer beispiellosen Schuldenorgie versucht die Koalition, den Status quo ihres ziellosen Regierungshandelns aufrechtzuerhalten. Der nach der Sommerpause beschlossene Bundeshaushalt für 2025 steigt auf über 500 Milliarden Euro; fast ein Drittel, 143 Milliarden Euro, basiert auf Schulden. Mit abenteuerlichen Buchungstricks leitet die Koalition die Sonderschulden aus ihrem Finanzstaatsstreich in den allgemeinen Haushalt und Konsum um.

Regierung mit alten Konzepten und ohne Gestaltungskraft

Diese Regierung hat keinen Kompass. Sie überschüttet das Land mit Schulden, schafft neue Bürokratiemonster (»Tarif-treuegesetz«), krallt sich in Ideologienpolitik fest und steuert das Land mit dem Festhalten an der ruinösen »Energiewende« noch rasanter in den Abgrund. Es gibt keinen Zweifel: Unter der neuen Bundesregierung verschärft sich die Krise Deutschlands zusehends. Wir sind davon überzeugt, dass die desolate Lage, in der sich unser Land befindet, nicht naturgegeben ist, sondern durch fortgesetzte Fehlentscheidungen der Altparteien verursacht wurde.

Gestalten statt verwalten

Als mit Abstand größte Oppositionskraft im Deutschen Bundestag entwickeln wir mit frischen Ideen und dem Mut zur Gestaltung politische Alternativen zu der ruinösen Politik von Schwarz-Rot. Wir haben mit gut 1000 eigenen Änderungsanträgen zum Bundeshaushalt 2025 nicht nur gezeigt, dass es anders geht, sondern auch wie eine seriöse Haushaltspolitik aussieht. Unsere Anträge bilden die Grundlage einer dringend notwendigen

Strukturreform, die Bürokratie abbaut, den undurchsichtigen und ineffizienten Förderdschungel lichtet und Steuergelder in wesentlichem Umfang im Wirtschaftskreislauf und bei den Bürgern belässt, um die Wirtschaft endlich wieder anzukurbeln. Denn ohne Wirtschaftswachstum werden die Zinsen der von Schwarz-Rot aufgenommenen Rekordschulden den Bundeshaushalt in wenigen Jahren strangulieren.

Unsere Vorschläge würden Bürger und Wirtschaft um 66,1 Milliarden Euro ent-



lasten. So fordern wir unter anderem die Abschaffung des CO₂-Preises (15,4 Milliarden Euro) und des CO₂-Emissionshandels (5,3 Milliarden Euro), der Gasspeicherumlage (3,4 Milliarden Euro) oder der Absenkung der Lkw-Maut (2,2 Milliarden Euro). Zudem sieht unser Alternativhaushalt vor, Lohn- (9 Milliarden Euro), Einkommen- (1,7 Milliarden Euro) und Körperschaftsteuer (3 Milliarden Euro) zu senken. Gleichzeitig streben wir die vollständige Abschaffung des Solidaritäts-

zuschlags (12,5 Milliarden Euro) und die Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum (5,8 Milliarden Euro) an.

Um diese und weitere Entlastungen zu finanzieren, haben wir in unserem Haushaltsentwurf auf zahlreiche Einsparpotenziale hingewiesen, beispielsweise durch die Abschaffung des Entwicklungshilfeministeriums (7,8 Milliarden Euro), den Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine (8,7 Milliarden Euro), durch eine wirkliche Reform des Bürgergelds (14,6 Milliarden Euro), die Reduzierung der Zahlungen an die EU (18 Milliarden Euro), Kürzungen bei überhöhten Verteidigungsausgaben (10,7 Milliarden Euro) und Streichungen im Klima- und Transformationsfonds (36,7 Milliarden Euro).

Wir als AfD-Fraktion sind davon überzeugt, dass der von uns aufgezeigte Weg hin zu einer soliden Haushaltspolitik der richtige ist, um Deutschland wieder auf Kurs zu bringen. Doch wir wissen, dass dies nur der Anfang sein kann. Mit unserem 7-Punkte-Programm (siehe Seite 8/9), das die Fraktion auf ihrer Klausurtagung Anfang Juli 2025 in Berlin beschlossen hat, haben wir konkrete Vorschläge für Maßnahmen vorgelegt, die Deutschland Schritt für Schritt aus der Krise führen. Denn wir sind davon überzeugt, dass unser Land und seine Bürger etwas Besseres verdient haben als die gescheiterte Politik der Altparteien.

Unser Antrag: Anstieg der Arbeitslosenzahlen ernst nehmen – Sofortige Wirtschaftswende für Deutschland einleiten



Bundestagsdrucksache 21/1537, 09.09.2025
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/015/2101537.pdf>

WIR SUCHEN VERSTÄRKUNG!



Wissenschaftlicher Referent für den Arbeitskreis Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(gleich welchen Geschlechts)

IT-Referent Entwicklung
(gleich welchen Geschlechts)

Mitarbeiter System-administration
(gleich welchen Geschlechts)

Referent IT-Projektmanagement
(gleich welchen Geschlechts)

QR-Code scannen und bewerben

Wir bieten Ihnen:

- Verantwortungsvolle Aufgaben
- Weiterentwicklung durch Fortbildungsangebote und Schulungen
- Top-Lage im politischen Zentrum Berlins
- Betriebliche Altersvorsorge
- Vergünstigtes Deutschlandticket

Weitere Stellenangebote finden Sie auf stellen.afdbundestag.de

A large German flag is shown in the background, waving. The title 'DEUTSCHLAND IN DER KRISE' is overlaid on the flag. 'DEUTSCHLAND' and 'IN DER' are in white text on a red background, while 'KRISE' is in white text on a blue background.

DEUTSCHLAND IN DER KRISE

Deutschland ist in der Krise. Viele Bürger fühlen sich nicht mehr sicher und machen sich Sorgen um die Zukunft.

Die desolate Lage, in der sich Deutschland befindet, ist kein Naturereignis, sondern durch fortgesetzte Fehlentscheidungen der Altparteien herbeigeführt worden.

Als stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag ist die AfD-Fraktion angetreten, um die Probleme ohne Beschönigung beim Namen zu nennen und konkrete Lösungsvorschläge zu machen. Damit Deutschland wieder sicher wird, haben wir das folgende **7-Punkte-Programm** beschlossen.

1

Innere Sicherheit für Deutschland

- Effektiver Grenzschutz: Alle nicht berechtigten Einreisen in das Bundesgebiet unterbinden, auch wenn Asyl beantragt wird (gemäß § 18 Abs. 2 AsylG)
- Freiwillige Aufnahmeprogramme beenden, Pull-Faktoren abstellen
- Effektive Abschiebeoffensive durchführen, insbesondere nach Syrien und Afghanistan
- Einbürgerungsanspruch abschaffen und zum ursprünglichen Einbürgerungsrecht zurückkehren
- Islamismus als größte Sicherheitsgefahr für Deutschland benennen und bekämpfen
- Nulltoleranz bei Gewaltkriminalität, insbesondere bei Messerangriffen und Sexualdelikten

2

Eine sichere Zukunft für Deutschland als Wirtschaftsstandort

- Einkommen- und Körperschaftsteuer senken, Solidaritätszuschlag abschaffen
- Fachkräfte mobilisieren und Fachkräfteabwanderung stoppen durch mehr Netto vom Brutto sowie durch eine erstklassige Bildung und Ausbildung
- Lieferkettengesetz und Verpackungsgesetz abschaffen; Datenschutzgrundverordnung, Vergaberecht sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen
- Technologieoffenheit und Wirtschaftlichkeit sicherstellen und insbesondere das Verbrennerverbot abschaffen
- Forschung, Wissenschaft und Innovationen wieder auf Spitzenniveau bringen

3

Sichere und günstige Energie für Unternehmen und Bürger

- Stromsteuer für Unternehmen und Privathaushalte auf das EU-Minimum senken; CO₂-Abgabe abschaffen; Energiesteuer reduzieren
- Energiewende stoppen: wieder in die Kernkrafttechnologie einsteigen; keinen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung; Nord-Stream-Pipelines reparieren und wieder in Betrieb nehmen
- Ausbaustopp für Windindustrieanlagen, Gesundheit und Umwelt schützen

4

Deutschland zuerst: Sicherheits- und Außenpolitik für Deutschland

- Entwicklungshilfe und Visavergabe an Kooperationsbereitschaft knüpfen: Migrationskontrolle und Rücknahme abgelehnter Migranten einfordern
- Asyllobby und Schlepperwesen bekämpfen
- Ukraine: Friedensabkommen verhandeln, Sanktionen gegen Russland aufheben, keine Waffenlieferungen
- Keine Beteiligung an Konflikten ohne sicherheitspolitische Relevanz für Deutschland

5

Eine sichere Heimat durch Verteidigungsfähigkeit

- Die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung durch personelle, materielle, ideelle und organisatorische Neuaufstellung der Bundeswehr stärken
- Die Wehrpflicht wieder einsetzen

6

Soziale Sicherheit und Leistungsgerechtigkeit

- Aktivierende Grundsicherung mit Pflicht zur Bürgerarbeit statt Bürgergeld einführen
- Sachleistungen statt Geld für Asylbewerber
- Steuergrundfreibeträge erhöhen; davon profitieren insbesondere Geringverdiener und Rentner, Lohnabstandsgebot wahren
- Ein Junior-Spardepot für jedes Kind einführen und das Rentenniveau anheben
- Politiker und zukünftige Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen
- Demografische Wende: aktivierende Familienpolitik, zum Beispiel durch finanzielle Entlastungen für Familien und mehr gesellschaftliche Anerkennung von Elternschaft

7

Zuhause in Sicherheit: Wohnraum und Eigentum schützen

- Wohnungsmarkt entspannen, illegale Zuwanderung stoppen
- Bauen und Wohnen wieder bezahlbar machen: Energiekosten senken, Dämmvorschriften reduzieren, Gebäudeenergiegesetz abschaffen
- Eigentumsrecht ohne Einschränkungen: keine staatliche Wohnraumzuteilung, keine Wohnflächensteuern

Das »Weltsozialamt« muss schließen

Die AfD-Fraktion fordert, den Bezug des Bürgergelds für Ausländer zu beschränken

Die Kosten für den Sozialstaat galoppieren in Deutschland so rasant davon, dass der Kollaps unserer sozialen und medizinischen Sicherungssysteme nur noch von Jahr zu Jahr mit staatlichen Zuschüssen in Milliardenhöhe und gravierenden Beitragserhöhungen abgewendet werden kann.

Die eigentlichen Ursachen für diese desaströse Lage werden von den anderen

Personen veröffentlicht die SPD-geführte Arbeitsagentur in ihrem monatlichen »Migrationsmonitor«.

Die Kosten des Bürgergelds waren im vergangenen Jahr enorm, wie aus einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion (Bundestagsdrucksache 21/1069) hervorgeht: Allein im Jahr 2024 beliefen sich die Ausgaben für Regelsätze, Wohnkosten, Integrationsleistungen und die Verwaltung der Jobcenter

auf 46,9 Milliarden Euro. Die Kommunen werden dabei besonders stark belastet. Die realitätsfremde Politik der Altparteien hat viele von ihnen in die Zah-

Diese Sozialwende gegenüber ausländischen Bürgergeldempfängern ist dringend notwendig

Bundestagsfraktionen ignoriert. Sie behaupten nach wie vor, Einwanderer würden vor allem zum Arbeiten, nicht aber wegen der üppigen Sozialleistungen zu uns kommen. Dabei hat die Ampelregierung seinerzeit diesen Glaubenssatz selbst widerlegt: Sie empfing ukrainische Migranten mit einem Job-Turbo, einem Rechtskreiswechsel direkt aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ins Bürgergeld und zahlreichen Integrationsangeboten. Trotzdem haben es sich derzeit 54 Prozent aller hier lebenden Ukrainer, die eigentlich arbeiten könnten, im Bürgergeld bequem gemacht. Diese und andere aufschlussreiche Informationen über die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit zugewanderter

Personen veröffentlicht die SPD-geführte Arbeitsagentur in ihrem monatlichen »Migrationsmonitor«.

Die Kosten des Bürgergelds waren im vergangenen Jahr enorm, wie aus einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion (Bundestagsdrucksache 21/1069) hervorgeht: Allein im Jahr 2024 beliefen sich die Ausgaben für Regelsätze, Wohnkosten, Integrationsleistungen und die Verwaltung der Jobcenter auf 46,9 Milliarden Euro. Die Kommunen werden dabei besonders stark belastet. Die realitätsfremde Politik der Altparteien hat viele von ihnen in die Zahlungsunfähigkeit getrieben. Zudem müssen die Kommunen etwa ein Drittel der Wohnkosten von Bürgergeldempfängern schultern. Diese beliefen sich 2024 insgesamt auf rund 20,6 Milliarden Euro.

Der Preis der Migration

Im bereits erwähnten »Migrationsmonitor« kann man nachlesen, wer diese Kosten verursacht: 48 Prozent der insgesamt 5,4 Millionen Bürgergeldempfänger hatten 2024 keinen deutschen Pass. Die meisten von ihnen sind Ukrainer (12,9 Prozent), Syrer (9,2 Prozent) und Afghanen (3,7 Prozent). Unter den EU-Bürgern liegen Bulgaren mit 2 Pro-

Bürgergeld online beantragen

Stellen Sie bei Ihrem Jobcenter online einen Antrag auf Bürgergeld.
Falls Sie bereits Bürgergeld beziehen, können Sie auch die
Verlängerung online beantragen.

Bürgergeld neu beantragen

Bürgergeld verlängern

Sozialwende: Sozialstaat stärken, Steuerzahler entlasten

Jobcenter-App:
Das Jobcenter auf Ihr Smartphone

zent, Rumänen mit 1,5 Prozent und Polen mit 0,9 Prozent vorne.

Die Arbeitsagentur ist für diesen Missstand mitverantwortlich: Nach starker öffentlicher Kritik musste die Behörde ihre jahrelange Bewerbung des Bürgergelds auf Arabisch und Ukrainisch einstellen. Die Bürgergeldwerbung auf Englisch findet weiterhin statt.

Unser Antrag: Bürgergeldbezug für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beenden



Bundestagsdrucksache 21/588, 24.06.2025
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100588.pdf>

Die AfD-Bundestagsfraktion ermittelte durch eine Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 21/1349), wie sich der Anteil ausländischer Bürgergeldempfänger im Alter von 15 bis 25 Jahren entwickelt hat: Demnach erhielten ausländische Bürgergeldempfänger dieser Altersgruppe im Jahr 2024 insgesamt 3,2 Milliarden Euro,

Deutsche im gleichen Alter kosteten den Steuerzahler dagegen nur 2,8 Milliarden Euro. Zum Vergleich: 2010 kamen auf einen ausländischen Bürgergeldempfänger (damals »Hartz IV«) noch viereinhalb Deutsche. Diese dramatische Entwicklung zeigt, wohin die Reise geht: In wenigen Jahren werden Deutsche die Minderheit unter den Bürgergeldempfängern sein – und in einigen Jahrzehnten könnten sie womöglich eine Minderheit im eigenen Land sein.

Sozialmigration beenden

Um das zu verhindern, wollen wir das »Weltsozialamt Deutschland« schließen. Deshalb haben wir den Antrag »Bürgergeldbezug für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beenden« (Bundestagsdrucksache 21/588) in den Bundestag eingebracht. Die Rückabwicklung des Rechtskreiswechsels für Ukrainer wird unser Gesundheitssystem, unsere Kommunen und den Bund entscheidend entlasten.

Darüber hinaus wollen wir mit unserem Antrag »Sozialstaat sichern – Bürgergeld

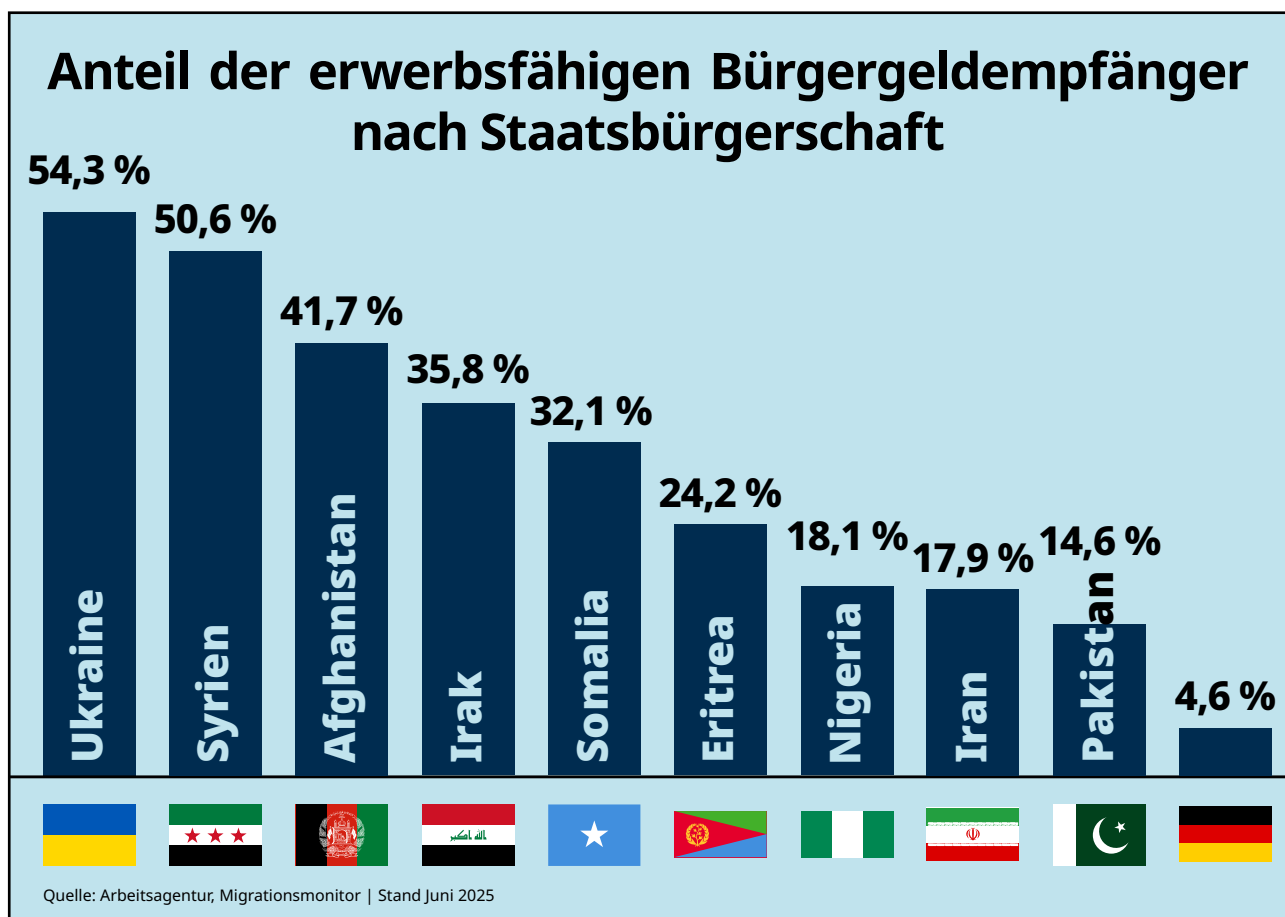
für EU-Bürger und Drittstaatsangehörige begrenzen« (Bundestagsdrucksache 20/10063) erreichen, dass Ausländer nur dann Bürgergeld erhalten dürfen, wenn sie zuvor mindestens fünf Jahre in unsere Sozialkassen eingezahlt haben. Um einen Missbrauch unseres Sozialstaats zu verhindern, werden wir die Bezugsdauer für Ausländer auf ein Jahr begrenzen.

Eine Grundsicherung, die aktiviert

Diese Sozialwende gegenüber ausländischen Bürgergeldempfängern ist dringend notwendig. Sie wird die systemischen Probleme des Sozialstaats aber nicht vollständig beheben. Denn mehr als die Hälfte der derzeit rund vier Millionen Bürgergeldempfänger, die eigentlich arbeiten können, sind Deutsche. Um diese Mitbürger in Arbeit zu bringen, haben wir den Antrag »Aktivierende Grundsiche-

rung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit« (Bundestagsdrucksache 20/3943) in den Bundestag eingebracht.

Nach der Umsetzung der in diesem Antrag erläuterten Maßnahmen wird aus dem Bürgergeld wieder ein leistungsorientiertes System, das den Sozialstaat stärkt und den Steuerzahler entlastet. Arbeit ist der beste Weg aus der Abhängigkeit, nicht endlose Transfers ohne Gegenleistung. Leistungsbezieher, die sich verweigern, sollen spürbar sanktioniert werden – nur wer mitmacht, hat Anspruch auf Unterstützung. Das schützt vor Missbrauch, fördert Integration und sichert soziale Stabilität. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Das ist fair gegenüber den hart arbeitenden Deutschen und denjenigen Migranten, die sich integrieren und zu unserem Gemeinwohl beitragen wollen.



Kein Bildersturm im Auswärtigen Amt

Die AfD-Fraktion setzt sich für die Rückbenennung des »Bismarck-Zimmers« ein

Otto von Bismarck gehört zu den bedeutendsten Staatsmännern der deutschen Geschichte.

Mit politischem Weitblick, diplomatischem Geschick und strategischer Klugheit gelang es ihm, aus dem zersplitterten Deutschland einen modernen Nationalstaat zu formen. 1867 legte er mit dem Norddeutschen Bund den Grundstein, 1871 folgte mit der Reichsgründung im Spiegelsaal von Versailles die Geburt des Deutschen Reiches. Dieses Fundament trägt bis heute, die Bundesrepublik Deutschland steht in dieser historischen Kontinuität.

Doch Bismarcks Bedeutung geht weit über die Reichsgründung hinaus. Er setzte Maßstäbe für eine moderne Politik, die soziale Verantwortung und außenpolitische Vernunft miteinander verband. Unter seiner Kanzlerschaft wurde das allgemeine Wahlrecht für Männer bei den Reichstagswahlen eingeführt – ein entscheidender Schritt hin zur parlamentarischen Demokratie. Ebenso legte er mit der Einführung der gesetzlichen Kran-

ken-, Renten- und Unfallversicherung die Grundlagen des modernen Sozialstaats, der bis heute ein Markenzeichen unseres Landes ist.



Auch außenpolitisch bleibt Bismarck ein Vorbild. Sein Ziel war es nicht, Deutschland in endlose Expansionsträume zu führen, sondern Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa zu bewahren. Sein berühmtes Wort, dass Deutschland »satturiert« sei, also keine weiteren territorialen Ansprüche erhebe, machte ihn zum »ehrlichen Makler« zwischen den Großmäch-

ten. Auf dem Berliner Kongress von 1878 gelang es ihm, einen drohenden europäischen Flächenbrand einzudämmen. Seine Politik mündete in vier Friedensdekaden, in denen das Deutsche Reich wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell prosperierte und international Anerkennung fand; eine Leistung, die in den Geschichtsbüchern zu Recht als einzigartig hervorgehoben wird.

Umso erstaunlicher war die Entscheidung der früheren Bundesaußenminis-

terin Annalena Baerbock (Grüne), das traditionsreiche »Bismarck-Zimmer« im Auswärtigen Amt im November 2022 kurzerhand umzubenennen. Aus dem nach dem ersten Reichskanzler benannten Raum wurde der »Saal der Deutschen Einheit«. Als Begründung wurde lediglich angegeben, man wolle auf die friedliche Wiedervereinigung Bezug nehmen. Doch warum musste dies ausgerechnet auf Kosten des Namens Bismarcks geschehen? Eine überzeugende Antwort blieb die damalige Regierung schuldig.

Das Auswärtige Amt, das Bismarck selbst einst als erster Reichskanzler in Personalunion leitete, verdankt ihm seine Prägung und seinen Rang als zentrale Institution deutscher Außenpolitik. Wer hier Traditionen fortschreibt, sollte diese Geschichte nicht verdrängen, sondern würdigen. Es ist paradox, wenn das Ministerium einerseits betont, seine Traditionslinie in der demokratischen Geschichte Deutschlands zu sehen, andererseits aber ig-

überzeugt, dass diese Entscheidung weder der historischen Wahrheit noch der Verantwortung gegenüber unserer nationalen Erinnerungskultur gerecht wird. Otto von Bismarck aus dem Gedächtnis des Auswärtigen Amtes zu verdrängen, bedeutet, einen zentralen Teil deutscher Geschichte zu negieren.

Historischer Triumph der Freiheit

Natürlich verdient auch die Deutsche Einheit von 1990 ihren festen Platz in unserer Erinnerung. Sie war ein Glücksmoment der Nation und ein historischer Triumph der Freiheit über die Diktatur. Aber es gibt keinen Grund, diesen wichtigen Teil unserer Geschichte gegen die Würdigung Bismarcks auszuspielen. Beides gehört zusammen: die Gründung des ersten gesamtdeutschen Nationalstaates im 19. Jahrhundert ebenso wie die Wiedervereinigung im 20. Jahrhundert. Deshalb ist es nur folgerichtig, neben der Wiederherstellung des Bismarck-

Zimmers auch einen Saal der Deutschen Einheit einzurichten – ohne dass das eine das andere verdrängt.

Otto von Bismarck gehört zu den bedeutendsten Staatsmännern der deutschen Geschichte

noriert, dass bereits die von Bismarck geschaffene Reichsverfassung einen Rechts- und Verfassungsstaat etablierte, ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Demokratie.

Der neue Außenminister Johann Wadepuhl (CDU) hat entschieden, die unter seiner Vorgängerin erfolgte Umbenennung des Saals beizubehalten. Doch wir sind

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert daher in ihrem aktuellen Antrag »Umbenennung des Bismarck-Zimmers im Auswärtigen Amt zurücknehmen« (Bundestagsdrucksache 21/1552)

1. den »Saal der Deutschen Einheit« im Auswärtigen Amt wieder in »Bismarck-Zimmer« umzubenennen und

2. gleichzeitig einen anderen repräsentativen Saal dem Andenken an die Deutsche Einheit zu widmen.

Mit dieser Lösung werden beide zentralen historischen Momente angemessen gewürdigt – die Einigung Deutschlands im 19. Jahrhundert und die Wiedervereinigung im 20. Jahrhundert. So wird ein Brückenschlag über die Epochen hinweg geschaffen, der die Größe unserer Geschichte sichtbar macht.

Es ist Zeit, historische Verdienste nicht kleinzureden, sondern ihnen den Platz zu geben, den sie verdienen. Otto von Bismarck war mehr als nur der »Eiserne Kanzler«, er war der Architekt des modernen deutschen Nationalstaats und ein Meister der Diplomatie. Ihm im Auswärtigen Amt ein eigenes Zimmer zu widmen, ist keine nostalgische Geste, sondern Ausdruck von Respekt und historischem Bewusstsein.

Unser Antrag: Umbenennung des Bismarck-Zimmers im Auswärtigen Amt zurücknehmen



Bundestagsdrucksache 21/1552, 09.09.2025
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/015/2101552.pdf>

Der Einsatz für verfolgte Christen in aller Welt ist ein zentrales Anliegen der AfD-Fraktion; davon zeugen zahlreiche Anträge (Bundestagsdrucksachen 19/1698, 19/25311, 20/5368, 20/13119).

Die naive Sicht der anderen Bundestagsfraktionen auf die neuen Machthaber in Syrien teilen wir nicht, denn nicht nur Syrer auf deutschen Straßen jubelten über den Sturz des Staatspräsidenten Baschar al-Assad, sondern auch deutsche Politiker, die die Realitäten in Syrien nur oberflächlich kennen. Doch allmählich setzt sich auch bei ihnen die Erkenntnis durch, dass sich die menschenrechtliche Lage seit dem gewaltsamen Sturz des Assad-Regimes weiter verschlechtert hat.

Bei einem unvoreingenommenen Blick ist das wenig verwunderlich, denn mit Ahmed al-Scharaa sitzt nun ein islamistischer Diktator an der Spitze des Staates. Dieser war bis zu seiner Ernennung zum Staatspräsidenten unter dem Decknamen Al-Jolani Anführer der brutalen Terrormiliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS), ein Zweig von al-Qaida, weshalb für seine Ergreifung sogar ein Kopfgeld in Höhe von zehn Millionen Dollar ausgesetzt wurde.

Gemetzel an den Drusen

Die Arbeitskreise Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie Auswärtige Angelegenheiten der AfD-Bundestagsfraktion werden sich in drei Anträgen mit der prekären Lage in Syrien befassen, denn das neue Staatsoberhaupt weicht nicht von seinen radikalen Zielen ab. So duldete Al-Scharaa die Massaker an den Alawiten im März 2025 mit fast 4000 toten Zivilisten, viele davon vermeintliche Assad-Anhänger; ebenso die Gemetzel an

Minderh Bedräng

Die AfD-Fraktion nimmt
Syrien in den Blick



Der Abriss der Statue des ehemaligen Prä
für den Sturz des Regimes seines Sohnes u



keiten in gnis

mt die prekäre Lage in

den Drusen im Mai und Juli dieses Jahres mit 900 Toten. Er ist faktisch ein Präsident des täglichen Terrors, mit dem die zahlreichen Splittergruppen, Abspaltungen und Neugründungen des Islamischen Staates, von al-Nusra-Front, al-Qaida und HTS fast ganz Syrien und seine Bewohner drangsalieren.

Die Gefängnisse leerten sich, die Feinde Assads kamen frei, doch inzwischen füllen sich die Kerker wieder, jetzt mit den Feinden der neuen Regierung. Zu ihnen zählt Suleiman Khalil, der ehemalige Bürgermeister von Sadat. Er wurde vor sieben Monaten von HTS-Kämpfern entführt und sitzt seitdem im Gefängnis, ohne Kontakt zu einem Anwalt. Khalil leitete eine große Gemeinde syrisch-orthodoxer Christen in der Provinz Homs. Der Islamische Staat und die al-Nusra-Front belagerten das Dorf im Oktober 2013 eine Woche lang, ermordeten 41 Bewohner. Beim nächsten Angriff im November 2015 organisierte Khalil Widerstand, die Attacke wurde abgewehrt. Seine Entführung ist wahrscheinlich ein Racheakt der Islamisten; die al-Nusra-Front wurde 2012 in Syrien gegründet – von Al-Scharaa.

Auch die von ihm entworfene Übergangsverfassung verheißt für die Zukunft Syriens nichts Gutes: Die Scharia ist die Grundlage jeglicher Gesetzgebung, der Präsident muss Muslim sein. Alle Macht gilt dem Präsidenten, er benennt direkt und indirekt alle Parlamentarier, er ernennt sämtliche Mitglieder des Verfassungsgerichts, er ist der Oberkommandeur der Streitkräfte, alle Minister berichten an ihn, er kann aus eigener Macht den Notstand ausrufen. Schon jetzt hat er für die amtierende Regierung alle Minister ausgesucht und ernannt, viele davon sind seine ehemaligen Kameraden der Terrororganisation HTS.

Präsidenten Hafez al-Assad steht sinnbildlich
für den Tod des alten Regimes und den Aufstieg von Nachfolgern, Baschar al-Assad



Eine zerstörte orthodoxe Kirche in Syrien

Die Ideologie der Übergangsverfassung propagiert, dass Alawiten, Ismaeliten, Drusen und die schiitischen Sekten, die 15 Prozent der syrischen Bevölkerung ausmachen, als Apostaten gelten. Der Staat respektiert laut Verfassung jedoch nur die »göttlichen Religionen« – was im Umkehrschluss bedeutet, dass alle Paganisten und Atheisten, die gemäß der offiziellen islamischen Lehrmeinung in Syrien ein »tierisches« Bewusstsein haben, getötet werden müssen, sofern sie nicht zum Islam konvertieren.

Minderheiten spüren den Terror

In der Verfassung steht zwar, dass Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit gelten, die Gründung politischer Parteien möglich ist. Doch die Realität Syriens ist eine andere: Die Islamisierung des Landes schreitet unaufhaltsam voran. Mädchen werden gezwungen, in der Schule Kopftuch zu tragen, auch wenn sie nicht muslimisch sind. An den Universitäten werden Frauen und Männer getrennt unterrichtet. Lautsprecherwagen fahren durch jede Stadt, jedes Dorf und rufen zur Konversion zum Islam auf.

Angehörige der griechisch-orthodoxen Mar-Elias-Kirche in Damaskus konfrontierten im Juni die Fahrer eines solchen Wagens und forderten sie auf, die penetrante Islampropaganda vor ihrer Kirche zu unterlassen. Kurz darauf gab es in dieser Kirche ein Bombenattentat mit 25 Toten und 60 Verletzten. Auch hier liegt wieder ein Racheakt nahe: Zu dem Anschlag bekannte sich eine Splittergruppe der regierenden HTS.

Alle religiösen Minderheiten spüren den Terror der neuen Regierung, es herrscht Unsicherheit, viele fürchten um ihr Leben und verlassen Syrien. Die einst große Gemeinde der Christen, die mit rund zwei Millionen Menschen zehn Prozent der Bevölkerung ausmachte, ist auf rund 400.000 geschrumpft.

Die Drusen wollen Unabhängigkeit, ihr Scheich Hikmat al-Hajari sagt: »Der Süden Syriens muss unabhängig werden. Wir wollen Sicherheit. Wir können nicht in einer Gesellschaft weiterleben, die uns als Ungläubige brandmarkt.« Auch die Kurden im Norden des Landes wollen Autonomie. Sie kämpfen im Norden ihres Gebietes gegen die türkische Invasion und im Süden gegen den neu formierten Islamischen Staat.

Die Sprecher der Christen, Drusen und Kurden betonen immer wieder nachdrücklich, dass der Westen seine finanzielle Hilfe für Syrien an Bedingungen knüpfen muss. Al-Scharaa reagiere nur, wenn der Westen entschieden, druckvoll und konsequent auftrete. Dies sieht auch die AfD-Fraktion im Falle Syriens als notwendig an. Gleichwohl lehnte unsere Fraktion die EU- und US-Sanktionen gegen Syrien ab, weil sie nur die Bevölkerung trafen.

Den von Barack Obama im Jahr 2011 verhängten Sanktionen, die den Sturz Assads beschleunigen sollten, folgte die EU fünf Jahre später. Die Folgen: 90 Prozent der Bevölkerung leben heute unterhalb der Armutsgrenze; die grassierende Wasserknappheit, eine völlig unzureichende medizinische Versorgung und der erschwerte Zugang zu Medikamenten, ein zusammengebrochenes Bildungs- und Ausbildungssystem, ständige Stromausfälle und eine Wirtschaft ohne nennenswerte Produktivität bestimmten den Alltag der Syrer.

Unser Antrag: Einführung eines Internationalen Tages gegen die Christenverfolgung



Bundestagsdrucksache 20/5368, 24.01.2023
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005368.pdf>

Nun sind die Sanktionen endlich aufgehoben. Die Türkei spricht von Aufbauhilfe, Katar will Gas liefern, aber noch ist davon nichts zu spüren. Der Wiederaufbau und die Stabilisierung des Landes wird, selbst mit westlicher und arabischer Unterstützung, viel Zeit in Anspruch nehmen. Auch die rund eine Million junger und arbeitsfähiger Syrer in Deutschland sollten ermutigt und unterstützt werden, sich beim Wiederaufbau ihrer Heimat einzubringen.

Dein Einstieg in die parlamentarische Arbeit

Traineeprogramm der AfD-Bundestagsfraktion

Erlebe Politik hautnah! Als Teilnehmer unseres vielseitigen Traineeprogramms gewinnst Du umfassende Einblicke in die Arbeit unserer Fraktion und gestaltest Politik aktiv mit.

Nach erfolgreicher Teilnahme besteht die **Möglichkeit zur Übernahme** in ein vertraglich vereinbartes Beschäftigungsverhältnis innerhalb der Fraktion.

Hier direkt bewerben!



**Jetzt bewerben -
Einstieg jederzeit
möglich!**

FOLGEN SIE UNS!

-  [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  youtube.com/AfDFraktionimBundestag
-  instagram.com/AfDimBundestag/
-  tiktok.com/@AfDFraktionimBundestag
-  Rundbrief-Abonnement:
[AfDBundestag.de/rundbrief/](https://afdbundestag.de/rundbrief/)



JETZT KOSTENFREI ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion kostenfrei abonnieren und erhalten dann jede neue Ausgabe von Fraktion Kompakt bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.

<https://afdbundestag.de/bestellung/>



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG